



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Deutschen Bundestag
-im Hause-

Christian Haase, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Haushalt

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73840
F 030. 227-76842

christian.haase@bundestag.de
www.cducsu.de

Berlin, 5. Januar 2024

Weiteres Verfahren zum Bundeshaushalt 2024

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 15.11.2023 den Zweiten Nachtragshaushalt 2021 für nichtig erklärt. Anders als der Bundesregierung und den Ampelfraktionen war uns sofort bewusst, dass das Urteil erhebliche Auswirkungen auf die Bundeshaushalte 2023 und 2024 einschließlich seiner Sondervermögen hat. Aufgrund der vielen offenen Fragen haben wir in der Bereinigungssitzung zum Haushalt 2024 am 16.11.2023 keine eigenen Anträge zum Haushalt 2024 eingebracht und uns zu den Ampelkoalitionsanträgen enthalten. Denn für uns gilt nach wie vor, Haushaltsgesetze müssen verfassungsgemäß aufgestellt sein. Daher konnte ein verfassungsgemäßer Bundeshaushalt 2024 nur nach Verabschiedung eines Nachtragshaushalts 2023 verabschiedet werden.

Unsere Bedenken haben sich in einer von uns beantragten Anhörung am 05.12.2023 weitestgehend bestätigt. Mittlerweile ist trotz unserer nicht ausgeräumten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Nachtragshaushaltsgesetz 2023, eben dieses Gesetz einschließlich eines Notlagenbeschlusses gem. Art. 115 Abs. 2 Satz 6 und 7 GG und ein (erstes) Haushaltsfinanzierungsgesetz mit der Ampelmehrheit beschlossen worden.

Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 sind bis heute nicht im Haushaltsausschuss abgeschlossen. Nach einem wieder mal quälend langen Ampelstreit haben Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner am 13.12.2023 eine „politische Verständigung“ verkündet. Diese „politische Verständigung“ wird in Teilen der Ampelfraktionen bereits wieder in Frage gestellt.

Als CDU/CSU sehen wir vor allem Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Anstatt endlich die eigene Politik in Frage zu stellen und Aufgaben neu zu priorisieren, werden einzelne Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft einseitig mit Steuererhöhungen belegt. Auch wenn mit

dem gestrigen Tag teilweise Veränderungen zugunsten der Landwirtschaft angekündigt wurden, so zeigt dies andererseits die Planlosigkeit und den Zickzackkurs dieser Regierung auf. Echte Einsparungen gibt es nur wenige. Weiter beabsichtigt die Ampel wieder die Schuldenbremse per Notlagenbeschluss auszusetzen und prüft dazu eine – euphemistisch als „Überschreitensbeschluss“ bezeichnete – Notlagen-erklärung für die Ahrtal-Hilfe in Höhe von 2,7 Mrd. Euro. Eine solche Aushöhlung der Schuldenbremse werden wir nicht mittragen. Die Ausgaben zum Wiederaufbau nach der Jahrtausend-Flut im Ahrtal sind dringend erforderlich, stellen aber gerade einmal rund 0,5 Prozent des Bundeshaushalts dar und sind aus dem Kernhaushalt zu finanzieren.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird ein wesentlicher Teil des notwendigen Konsolidierungsbedarfs über gesetzliche Änderungen erfolgen. Zu diesen Gesetzesänderungen sind Anhörungen am 11.01.2024 (allgemeiner Teil) und 15.01.2024 (Steuerteil) geplant. Die abschließende Bereinigungssitzung soll dann am 18.01.2024 stattfinden. Die Sitzungswoche vom 29.01. – 02.02.2024 wird die Haushaltswoche zum Bundeshaushalt 2024 sein.

Allerdings liegen uns bis heute weder konkrete Entwürfe zu Gesetzesänderungen, eine Bereinigungsvorlage noch andere haushaltsbegründende Unterlagen vor. Diese werden wir erst kurz vor den Anhörungen bzw. der Bereinigungssitzung erhalten. Wir kennen weder den Umfang noch den Inhalt der anstehenden Veränderungen bisher im Detail. Bei einem derartigen Vorgehen sind seriöse Haushaltsberatungen nicht möglich. Ein valides Zahlenwerk liegt immer noch nicht vor.

Aus diesem Grund werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion – in Abstimmung mit der Fraktionsspitze – keine eigenen Anträge stellen. Wir wollen trotzdem unsere eigenen politischen Schwerpunkte benennen und werden deshalb zu einigen Einzelplänen Maßgabebeschlüsse einbringen. Diese sind bzw. werden von den Berichterstatterinnen und Berichterstattern mit den Facharbeitsgruppen abgestimmt.

Nach wie vor scheint die Ampel haushaltspolitisch orientierungslos zu sein. Wir müssen dem klare Standpunkte entgegensetzen, um zu zeigen wie eine bessere Politik für unser Land aussehen könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Haase, MdB